N I E D E R S C H R I F T

Niederschrift Nr. 1

Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie am 20.01.2009

Freiherr-vom-Stein-Saal II/III

Beginn 17:00 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder

Kreistagsmitglieder

Hartmut Ganzke
Ursula Lindstedt
Karin Goddinger
Hildegard Rüwald
Ursula Erdelkamp
Christina Zubrytzki
Ute Giedinghagen
Annelies Schwarzer
Ursula Sopora
Paul Wisniewski
Jochen Nadolski-Voigt
Heike Schaumann
Martina Plath

sachkundige Bürger

Karl-Friedrich Diehle
Christel Jachmann
Eleonore Köth-Feige
Doris Holtmeier
Rita Schröder
Gabriele Wentzek

Von der Verwaltung
Herr Sparbrod, Dez. III
Herr Diekmännken, L FB 50
Frau Grewe, FB 50
Frau Raupach, FB 50
Herr Zakel, FB 50
Frau Rauert, PK
Herr Vertgewall, Schriftführer

Gäste- und Zuhörer/innen
Herr Goldmann, Kreistagsabgeordneter
Frau Hosang, Kreistagsabgeordnete
Herr Dr. Dannebom, WFG Kreis Unna

Herr Nadolski-Voigt begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Änderungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht. Vor Eintritt in die Beratung wird der kürzlich verstorbenen Kreistagsabgeordneten, Frau Elisabeth Schwarz, mit einer Schweigeminute gedacht.

T a g e s o r d n u n g

Öffentlicher Teil

Punkt 1

Gründung der Mikrofinanzgenossenschaft (Mikro eG) durch die WFG;
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 01.07.2008
- mündlicher Bericht des Geschäftsführers der WFG, Herrn Dr. Dannebom

Punkt 2

002/09
Haushalt 2009 des Kreises Unna für den Fachbereich 50 – Arbeit und Soziales -

Punkt 3

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1

Gründung der Mikrofinanzgenossenschaft (Mikro eG) durch die WFG;
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 01.07.2008
- mündlicher Bericht des Geschäftsführers der WFG, Herrn Dr. Dannebom

Erörterung

Herr Dr. Dannebom erinnert zu Beginn seines Berichtes an die Ausführungen aus der Sitzung vom 19.08.2008. Sicherlich gebe es Kommunen im Kreis Unna, in denen es Bereiche gebe, die mit den Strukturen der Dortmunder Nordstadt in Ansätzen vergleichbar seien, so der Geschäftsführer der

Wirtschaftsförderungsgesellschaft. Jedoch stünden hier ganz andere Dimensionen gegenüber. Gerade deshalb seien deutliche Fragezeichen hinsichtlich einer Übertragbarkeit auf den Kreis Unna vorhanden. Darüber hinaus habe es zwischenzeitlich eine Neustrukturierung der Förderung von Kleinunternehmen durch die NRW-Bank gegeben. Mit Beginn diesen Jahres seien verschiedene Förderprogramme aufgelegt worden. Dabei handele es sich u. a. um Maßnahmen zur Zinsoptimierung, die den Unternehmen entsprechende Möglichkeiten einräumten und dabei auch eine Risikoteilung vorsähen. Mit diesem Angebot decke die Bank damit die Bereiche ab, die beispielsweise in der Dortmunder Nordstadt von der Nordhand eG bedient würden. Konkret spiele bei den Förderprogrammen der Begriff der Haftungsfreistellung eine wesentliche Rolle. Da Existenzgründer oft das Problem hätten, nicht über ausreichende Sicherheiten für die Vergabe eines Kredites zu verfügen, würden zinsgünstige Kredite manchmal zusammen mit einer Haftungsfreistellung vergeben. Dieses hätte dann zur Folge, dass die kreditgebende Bank einen Teil des Risikos auf eine staatliche Bank, wie beispielsweise die NRW-Bank, übertragen könne. Dieses Verfahren sei in etwa vergleichbar mit der in der öffentlichen Diskussion stehenden Schutzschirmfunktion gegenüber den Privatbanken. Notwendig für eine solche Haftungsfreistellung sei natürlich auch eine ausreichende Risikoabwägung des kreditgebenden Bankinstituts.

Zusammenfassend könne noch einmal gesagt werden, so Herr Dr. Dannebom, dass es im Kreis Unna andere Strukturen gebe als dieses in der Dortmunder Nordstadt der Fall sei. Zudem sei inzwischen auch eine arbeitsfähige Struktur vorhanden, die unmittelbar in Anspruch genommen werden könne und an der nicht ein langfristiges Vorverfahren hänge. Darüber hinaus habe man sich im Vorfeld Gedanken über eine mögliche Nachfrage zu einem solchen Angebot gemacht. Dazu seien die vorhandenen Daten des Starterzentrums ausgewertet worden. Im Rahmen der Gründungsberatung habe es recht wenige Anfragen dieser Art gegeben. Aufgrund der gemachten Erfahrungen sei zudem nicht davon auszugehen, dass die Nachfrage bedingt durch die aktuelle Krisensituation in der Wirtschaft steigen werde. Anders als bei der Mikrofinanzgenossenschaft erscheine das Förderprogramm der NRW-Bank hier wesentlich griffiger, da die Darlehensvergabe auch ohne vorherigen Ansparprozess möglich sei und Risikoteilung auch tatsächlich betrieben werde. In diversen Diskussionen habe man solche Themen aufgegriffen. Tenor des überwiegend von den Bürgermeistern der Kommunen besetzten Aufsichtsrates der Wirtschaftsförderungsgesellschaft sei gewesen, dass so ein Vorhaben nicht im Aufgabenbereich der WFG stehen sollte. Auch insofern habe er hinsichtlich eines derartigen Projektes Bedenken. Für das hier angesprochene Klientel stelle das vorgestellte Förderprogramm der NRW-Bank das bessere Instrument dar.

Herr Nadolski-Voigt bedankt sich für die Ausführungen. Zur Klarstellung wolle er aber darauf hinweisen, so der Ausschussvorsitzende, dass beispielsweise die Genossenschaftsbank Bochum bereit sei, Risikohaftungen zu übernehmen. Darüber hinaus sei ihm bei dem Bericht aufgefallen, dass das Thema Mikrofinanzgenossenschaft leider nur teilweise aufgegriffen wurde. Aussage der Genossenschaftsbank Bochum sei zudem gewesen, dass es Möglichkeiten gebe, ein Projekt, wie es in der Dortmunder Nordstadt durchgeführt werde, auch im Kreis Unna auf die Beine zu stellen.

Auch sie habe den Eindruck gewonnen, so Frau Wentzek, dass es sich bei dem Bericht eher um eine Werbung für das neue Produkt der NRW-Bank handeln würde. Ganz bewusst sei im August das Gespräch mit Herrn Nagusch von der Wirtschaftsförderung der Stadt Dortmund geführt worden, um sich über ein

mögliches Modell für die Unterstützung des Klientels der Klein- und Kleinstunternehmer zu informieren. Diese Zielgruppe finde womöglich nicht die notwendige Betreuung durch die heimische WFG. In dem Bericht von Herrn Dr. Dannebom sei ihr zudem der genossenschaftliche Gedanke zu kurz gekommen, der eine wesentliche Rolle in dieser Systematik spiele. Insofern wünsche sie sich eine nochmalige Prüfung unter diesem Gedanken.

Dem Genossenschaftsgedanken könne er durchaus sehr viel Positives abgewinnen, so die Anmerkung von Herrn Dr. Dannebom. Es sei nicht richtig, dass das besagte Klientel keine Beachtung durch die Wirtschaftsförderung des Kreises Unna finde. Seit vielen Jahren gebe es z. B. intensivste Beratungen im Rahmen der Gründungen und der Existenzfestigungen aus dem Bereich der Sozialhilfe heraus. Oftmals seien aber fehlende Qualifikationen oder mangelhafte Gründungsideen der Grund dafür, warum es nicht zu einer Unternehmensgründung komme. Auch eine Mikrofinanzgenossenschaft löse ein solches Problem nicht. Im Vordergrund müsse die nachhaltige Sicherung eines derartigen Unternehmens stehen. Aufwand und Volumen einer erst zu bildenden Genossenschaft stünden aus seiner Sicht in keinem Verhältnis zum damit verbundenen Nutzen.

Herr Nadolski-Voigt erteilt im Anschluss Herrn Goldmann das Wort. Dieser erklärt, dass seine Stimmungslage ob des Vortrages zwischen Erschütterung und Enttäuschung schwanke. Leider würde hier die Chance verpasst, ein Instrument der positiven Begleitung heimischer Betriebe wahrzunehmen. Anders als dargestellt gehe es nicht um neu zu gründende Unternehmen, sondern um solche, die aufgrund der aktuellen Finanz- und Wirtschaftslage keine Kredite bekämen, um Investitionsmaßnahmen vorzunehmen oder kurzfristige Liquiditätsschwierigkeiten zu überbrücken. Hierzu habe er in dem Vortrag kein einziges Wort vernommen. Für die Sitzung des Kreistages in der kommenden Woche werde die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen modifizierten Antrag auf den Weg bringen. Ausgesprochen enttäuscht sei er darüber, dass hier im Wesentlichen an der Sache vorbeigeredet worden sei und der Geschäftsführer der Wirtschaftsförderungsgesellschaft offenbar das notwendige Verantwortungsbewußtsein gegenüber den heimischen Unternehmen vermissen lasse.

Selbstverständlich stehe es ihm frei, eine solche Meinung zu vertreten, so die Reaktion von Herrn Dr. Dannebom. Für ihn als Geschäftsführer stelle sich aber die Frage, warum komplett neue Strukturen aufgebaut werden sollten, wenn es bereits gute Instrumente für diesen Bereich gebe. Es könne an der Stelle nicht angehen, dass die gesamte Wirtschaftsförderungspraxis in Frage gestellt werde, nur weil dieses Anliegen nicht vorbehaltlos unterstützt werde. Er habe sich durchaus sehr intensiv mit der Sache befasst, so Herr Dr. Dannebom weiter. Für den Kreis Unna gebe es keinerlei statistische Angaben über die Anzahl der Unternehmen, die hier in Betracht kämen. Unter Abwägung aller Sachkriterien sei er daher zu dem Schluss gekommen, dass das Instrument der Mikrofinanzgenossenschaft für den Kreis Unna nicht die Ideallösung darstelle. Dies bedeute natürlich nicht, dass man sich nicht auch in weiteren Gesprächen mit der Sache auseinandersetzen könne. Fakt sei jedoch auch, dass man den mit der Gründung und Aufrechterhaltung einer Genossenschaft verbundenen Arbeitsaufwand nicht unterschätzen dürfe.

Frau Wentzek stellt fest, dass es sich hier immer nur um den banktechnischen Ausschnitt handele. Der Teil der Gemeinwesenarbeit falle hinten rüber. Vorschlagen wolle sie, die Angelegenheit weiter im Kreistag zu

diskutieren, um anschließend möglicherweise zu einer Entscheidung zu kommen.

Mit Hinweis auf die konträren Positionen beendet Herr Nadolski-Voigt die angeregte Diskussion.

Punkt 2

002/09

Haushalt 2009 des Kreises Unna für den Fachbereich 50 – Arbeit und Soziales -

Erörterung

Herr Sparbrod erklärt, dass er den Vorschlag aus der Politik aufgreifen und den Haushalt an dieser Stelle nicht noch einmal im Einzelnen erläutern werde. Hinweisen wolle er aber auf einige Veränderungen, die nun in der aktuell erstellten Sitzungsvorlage 180-1/08 aufgenommen worden seien. Aufgrund leichter Rückgänge bei der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften und unter Berücksichtigung angekündigter Preissenkungen der Energieversorger gehe man nach derzeitigen Kalkulationen von weiteren Einsparungen aus. Veränderungen gebe es auch beim Sozialticket, so der Dezernent weiter. Im Rahmen der Haushaltsplanungen sei man zunächst davon ausgegangen, dieses Angebot kostenneutral darstellen zu können. Unter Berücksichtigung der aktuellen Daten sei dieses jedoch nicht möglich. Derzeit lägen rund 2.500 Anträge vor. Den Aufwendungen von rd. 1,041 Mio. € stünden Mehrerträge der VKU in Höhe von etwa 611.000 Euro gegenüber. Dies bedeute eine Belastung für den Kreishaushalt in Höhe von annähernd 430.000 Euro. Eine entsprechende Berechnung ist dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügt. Mit der VKU werde man noch einmal darüber diskutieren, ob aufgrund der Gegebenheiten (höhere Auslastung bei gleicher Anzahl von Bussen und Personal) nicht möglicherweise eine andere Rabattierung in Betracht gezogen werden könne.

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie nimmt die Ausführungen des Dezernenten ohne weitere Diskussion zur Kenntnis.

Punkt 3

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

1. **Einrichtung von Pflegestützpunkten – Mitteilung von Herrn Sparbrod**
   Herr Sparbrod teilt mit, dass am 23.01.2009 die ersten Gespräche mit der AOK hinsichtlich der Einrichtung der Pflegestützpunkte stattfinden würden. Das gesamte Thema sei noch nicht abschließend abgehandelt. Derzeit gebe es weder einen Erlass des Landes NRW noch endgültig getroffene Regelungen zur Kostenfrage. Trotz des noch bestehenden Diskussionsbedarfs habe sich die AOK bereit erklärt, bereits im Vorfeld erste Gespräche mit dem Kreis Unna zu führen. Er selber sei auch gespannt, wie es in der Sache weitergehe und werde die Ausschussmitglieder regelmäßig über neue Entwicklungen informieren.

Weitere Mitteilungen der Verwaltung oder Anfragen gibt es nicht.

Ende der Sitzung 17.50 Uhr

Anlage

1. Kostenberechnung Sozialticket

Nadolski-Voigt	Vertgewall
Vorsitzender	Schriftführer